
Haushaltsrede des EBH-Fraktionsvorsitzenden Ralf Lange (Ratssitzung am 04.03.21)

Dieser Haushaltsentwurf beruht auf ganz viel Hoffnung



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratsmitglieder, liebe Zuschauer,

der uns vorliegende Haushaltsentwurf basiert auf optimistischen Annahmen zur wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung und sich daraus ergebender Mehrerträge im Bereich der Steuern. Damit drückt das Zahlenwerk die Hoffnung aus, dass es nach Beendigung der Krisensituation aufgrund der Pandemie schnell zu einer wirtschaftlichen Erholung und damit im Haushalt der Gemeinde zu Mehreinnahmen in den Bereichen Gewerbesteuer und Einkommenssteuer kommt. Des Weiteren beruht der Optimismus für die mittelfristige Finanzplanung darauf, dass die Gemeinde Hünxe durch bundes- oder landespolitische Maßnahmen entlastet wird.

Leider weiß heute keiner, ob es so kommen wird. Eine Planung auf Basis pessimistischer Annahmen hätte zu einem neuen Haushaltssicherungskonzept führen können. Dann wären einerseits wichtige Investitionen in die Infrastruktur, Gebäude, Digitalisierung und Schulen teilweise infrage gestellt worden. Andererseits hätte die Frage nach Steuererhöhungen (Grundsteuer, Gewerbesteuer) wieder im Raum gestanden.

Die EBH-Fraktion wird, wie alle anderen Fraktionen im Hünxer Gemeinderat, den optimistischen Planungsprämissen zustimmen. Aber, ich muss einräumen, dass uns nicht wohl dabei ist. Kein Unternehmer würde seine Finanzplanung auf der Hoffnung so positiver Einnahmen aufbauen.

Trotz der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) ist die Finanzwelt von Unternehmen und Kommunen nicht zu vergleichen. Für Unternehmen gibt es recht strenge Bilanzierungsvorschriften. Das Haushaltswesen der Kommunen erfährt immer neue gesetzliche Anpassungen, die Verbesserungen der Ergebnisse bewirken sollen. So können mit dem zweiten NKF-Weiterentwicklungsgesetz Verschiebungen vom Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt vorgenommen werden, was den Ergebnishaushalt besser aussehen lässt. Die Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) insbesondere mit dem sogenannten „Komponentenansatz“ schafft neue Bewertungsspielräume bei den Abschreibungen von Investitionen. Auch dies führt, kurzfristig betrachtet, zu einer gewissen Verbesserung des Ergebnishaushaltes.

Das alles hilft nicht ausreichend, um die Haushalte vieler Kommunen wirklich gut aussehen zu lassen. Aufgrund neuer Belastungen durch die Coronapandemie wurden nun weitere kreative Lösungen eingeführt.

Ja, wie schräg ist das denn?

Fromme Menschen mögen glauben, dass man Wasser zu Wein wandeln kann. Betriebswirte und Finanzpolitiker stehen eher selten unter dem Verdacht, zu glauben, dass aus Kosten ganz unerwartet Erträge werden können. Jetzt müssen sie allerdings aufgrund gesetzlicher Bestimmung akzeptieren, dass diese wundersame Wandlung durchaus möglich ist.



Das neue Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19 Pandemie folgenden Belastungen (NFK-CIG NRW) ermöglicht es den Kommunen, die durch die Corona-Pandemie entstandenen Finanzschäden im Haushalt separat auszuweisen und als außerordentlichen Ertrag in den Ergebnishaushalt aufzunehmen. Dieses Gesetz erlaubt also die wundersame Wandlung der „Corona-Schäden“ in einen außerordentlichen Ertrag. So kann in den Jahren 2020 und 2021 verfahren werden. Mit diesem gesetzlich verbreiteten Bilanztrick verbessert sich das für 2021 geplante Ergebnis des Gemeindehaushalts um 1,39 Mio. Euro. Die Summe dieser außerordentlichen Erträge aus den Jahren 2020 und 2021 wird ab dem Jahr 2025 über bis zu 50 Jahre abgeschrieben. Die Lasten der Pandemie soll also von der Kinder- und Enkelgeneration getragen und bezahlt werden.

Nachhaltige Finanzpolitik sieht anders aus. Statt mit solchen Taschenspielertricks eine bessere Haushaltsslage zu suggerieren, müssen die Kommunen von Bund und Land strukturell entlastet werden. Denn die Alternative, die gemeindlichen Steuersätze für Grundsteuern und Gewerbesteuern anzuheben sollte ausgeschlossen sein. Diese gemeindlichen Steuersätze befinden sich in der Gemeinde Hünxe schon jetzt am oberen Anschlag.

Daher werden nicht nur in Hünxe, sondern in vielen NRW Kommunen schon lange die Forderungen in Richtung Land und Bund erhoben, die Städte und Gemeinden auskömmlich zu finanzieren. Eine der konkreten Forderungen wurde im Angesicht der Pandemie tatsächlich umgesetzt. Der Bund wird künftig dauerhaft bis zu 75 Prozent (statt bisher 50 Prozent) der Kosten der Unterkunft (KdU) übernehmen. Damit sinkt der Kostenanteil der Kommunen für Sozialleistungen, wie beispielsweise Miet- und Heizkostenzuschüsse für Sozialleistungsempfänger. In Hünxe wirkt sich dies über die Kreisumlage positiv aus, die ansonsten noch stärker angestiegen wäre. (Der Kreis Wesel erhält eine zusätzliche KdU-Erstattung des Bundes in Höhe von 20,5 Mio. Euro.)

Doch es werden weitere Entlastungen durch Bund und Land nötig sein. So müsste der prozentuale Anteil an der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer für die Kommunen erhöht werden. Zurzeit beträgt dieser Anteil 23%. Andere Bundesländer lassen ihren Kommunen höhere Anteile zukommen. Hier gäbe es also für das Land NRW einen einfachen Ansatz, die Finanzprobleme ihrer Kommunen beherzt anzugehen. Des Weiteren könnte die allgemeine Investitionspauschale aus dem NRW Gemeindefinanzierungsgesetz, welche nach Einwohnerzahl und Gebietsfläche an die Kommunen verteilt wird, üppiger bemessen werden.

Anstatt diese einfachen Ansätze zu wählen, erleben wir eine Flut von Fördermittelprojekten, die den Kommunen helfen sollen, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge zu meistern. Doch die damit verbundene personalintensive Bürokratie (Antragstellung, Überwachung der Einhaltung der Fördermittelbestimmungen, Abruf der Fördermittel, Dokumentation von Verwendungsnachweisen, ...) verhindert sehr oft die Inanspruchnahme der Fördermittel. Teilweise motivieren diese Fördermittel auch falsche Investitionsentscheidungen.

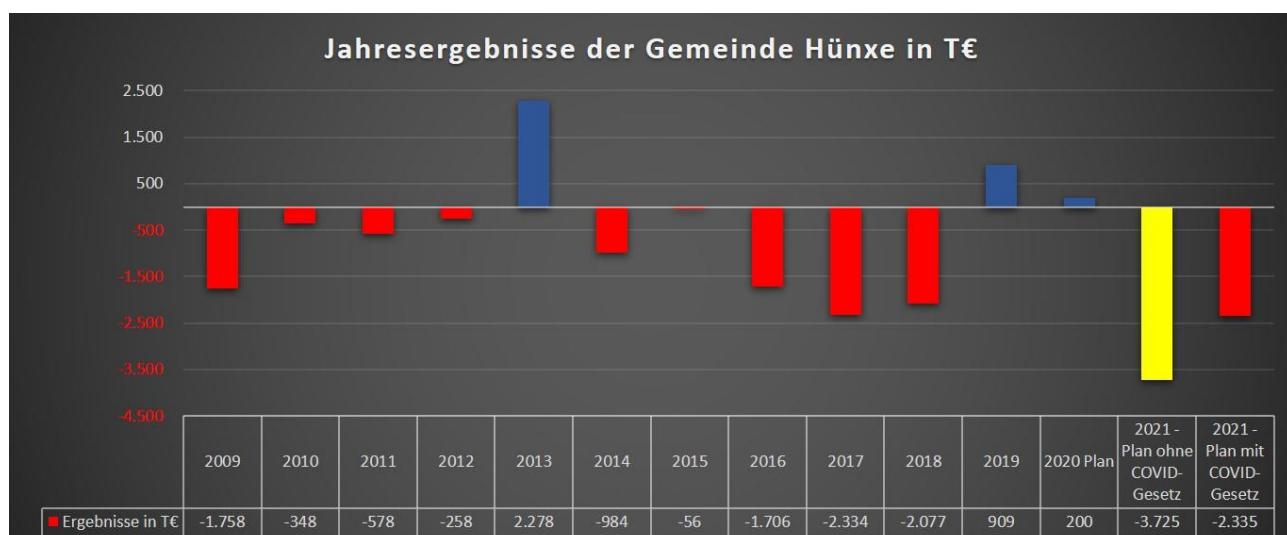
Besser wäre es, die Kommune auskömmlich zu finanzieren und diese selbst entscheiden zu lassen, welche Investitionen getätigt werden.

Zu den Eckdaten des Haushaltsplans

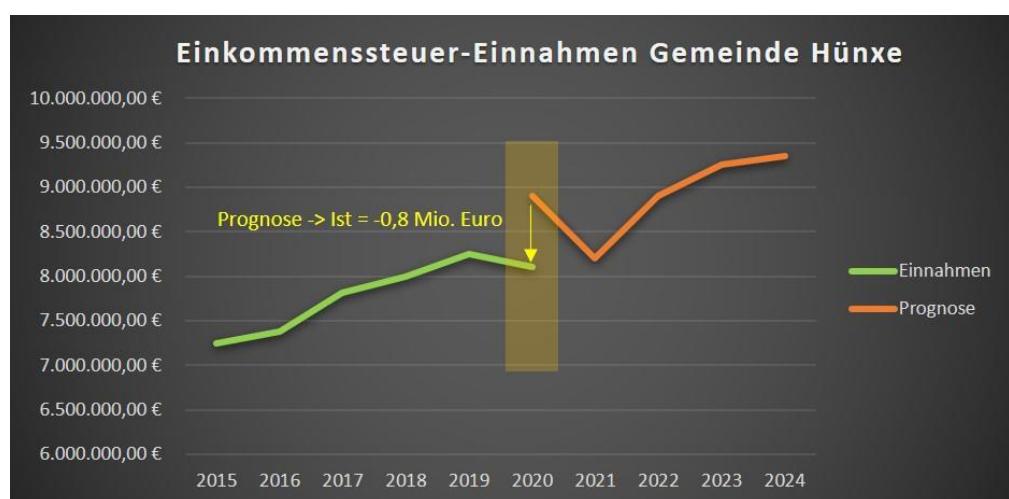
Jahresergebnis

Der Kämmerer Michael Häsel plant Erträge in Höhe von 32,2 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 34,6 Mio. Euro. Somit würde sich ein Jahresergebnis von **minus 2,4 Mio. Euro** ergeben. Allerdings weist der Haushaltsentwurf darauf hin, dass das Ergebnis ohne Berücksichtigung des COVID-19 Isolierungsgesetzes aussagekräftiger sei und ein **Minus in Höhe von 3,7 Mio. Euro** ausweisen würde.

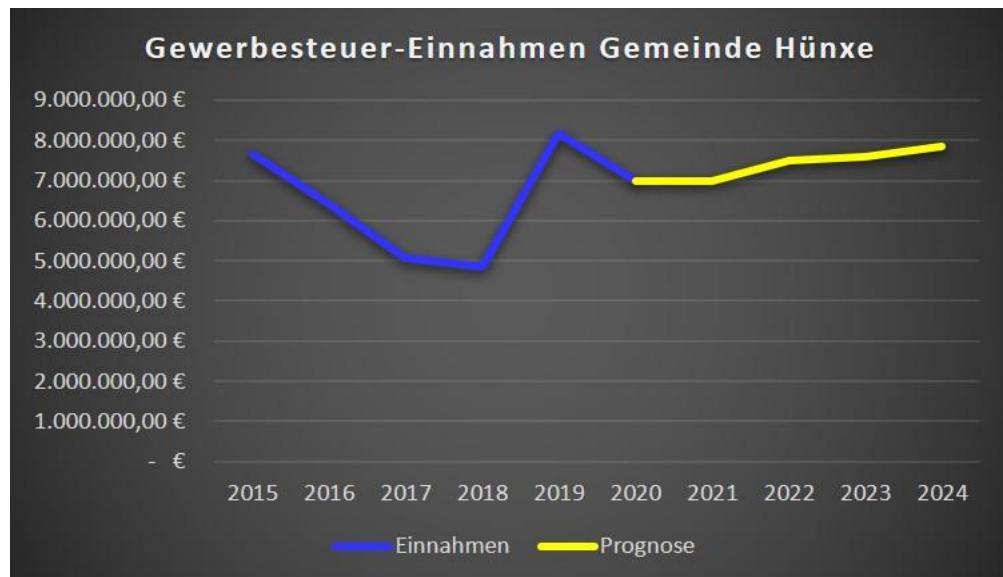
Die Differenz zwischen diesen beiden Ergebnis-Planwerten in Höhe von 1,39 Mio. Euro stellt die coronabedingte Änderung dar, die sich in 2021 ergebnisverbessernd auswirkt. Ab dem Jahr 2025 wird dieser außerordentliche Ertrag dann über bis zu 50 Jahre abgeschrieben.



Der Gemeindeanteil an der **Einkommenssteuer** entwickelte sich in den letzten Jahren aufgrund der anhaltend guten wirtschaftlichen Entwicklung kontinuierlich anwachsend und stellt damit den höchsten Ertragsanteil der Gemeinde Hünxe dar. Ob diese Entwicklung so fortgeschrieben werden kann, ist ungewiss. Die Pandemie mit Kurzarbeiterregelungen und evtl. auch einem Arbeitsplatzabbau kann zu rückläufigen Steuereinnahmen führen. Die Prognose für das Jahr 2020 musste daher schon um 0,8 Mio. Euro korrigiert werden. Die Steigerungsraten ab 2022 basieren auf den NRW-Orientierungsdaten. Hierin liegt viel der eingangs zum Ausdruck gebrachten Hoffnung auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung nach der Pandemie.



Eine weitere sehr wichtige Einnahmequelle der Gemeinde Hünxe sind die **Gewerbesteuern**. Wie sich die Gewerbesteuereinnahmen entwickeln werden ist kaum planbar. Im Jahr 2020 werden trotz coronabedingter Herabsetzungsanträge in Höhe von 3,1 Mio. Euro die Einnahmen aus der Gewerbesteuer voraussichtlich deutlich über der Prognose (7 Mio. Euro) liegen.

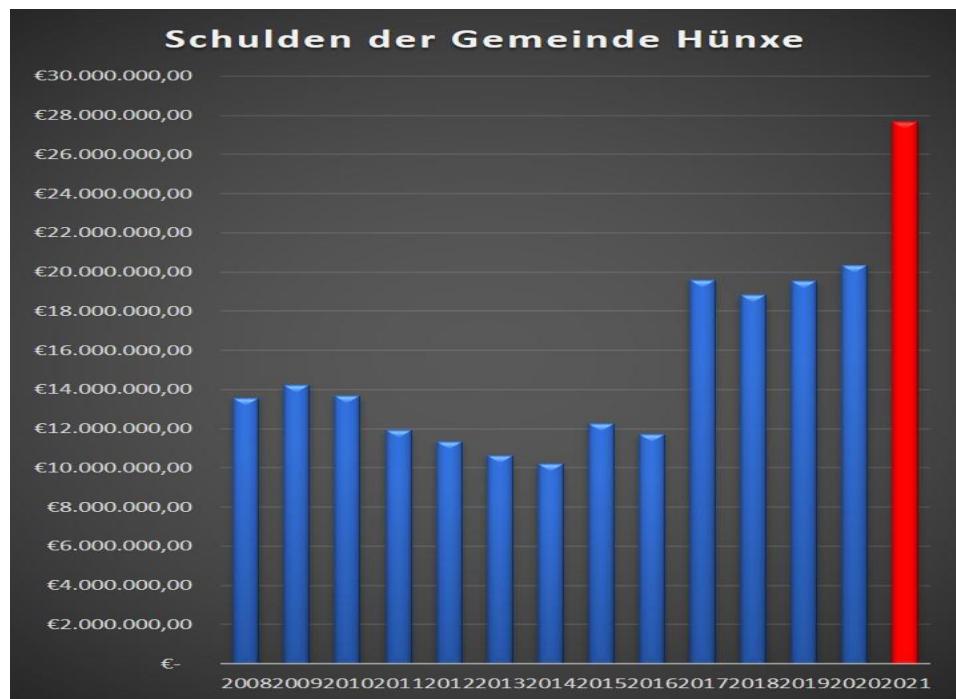


Der Planwert für 2021 liegt ebenfalls bei 7 Mio. Euro. Wenn sich die Herabsetzungsanträge aus dem Vorjahr zum Teil als unnötig erweisen, könnte es zu Nachzahlungen kommen. Auf der anderen Seite könnten sich die Gewinne der Unternehmen aufgrund der Pandemie stark rückläufig entwickeln und zu geringeren Steuereinnahmen führen. Die tatsächlichen Gewerbesteuereinnahmen können zwischen 5 und 8 Mio. Euro je Jahr schwanken. Diese Bandbreite zeigt, wie schwierig es ist, die Gewerbesteuereinnahmen zu planen.

Verschuldung

Der Kämmer geht davon aus, dass er in diesem Jahr **neue Kredite in Höhe von 8,215 Mio. Euro** benötigt. Damit wächst der Schuldenstand auf über 27 Mio. Euro. Bei der **Pro-Kopf-Verschuldung** würde die Gemeinde Hünxe damit die **2.000 Euro-Marke** überschreiten.

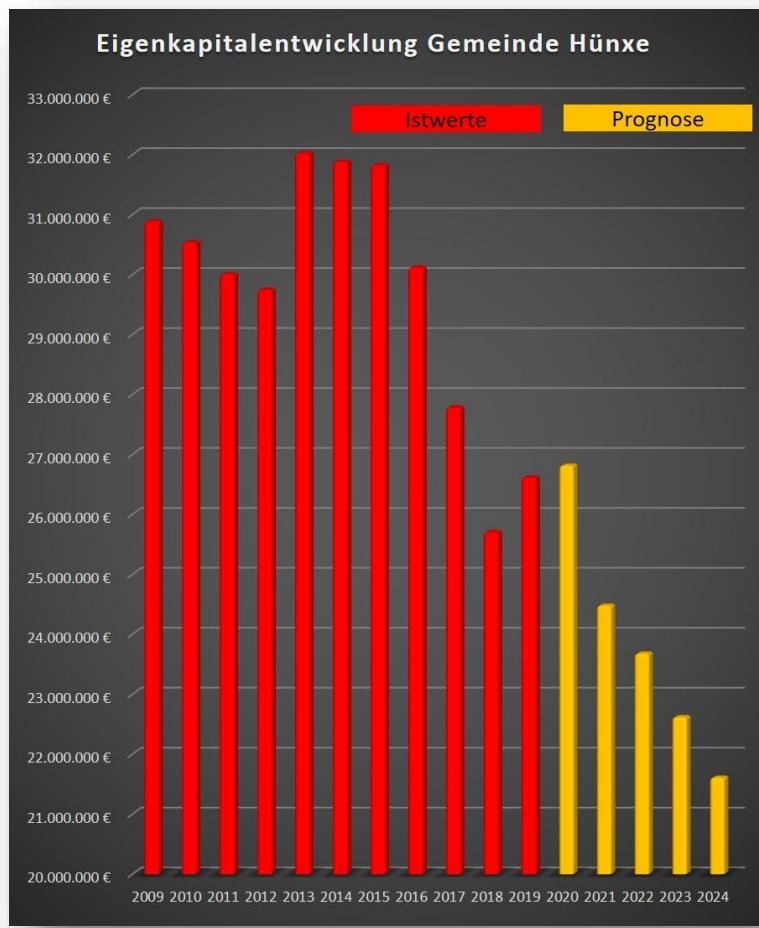
Der Zinsaufwand im Jahr 2020 betrug rund 419.000 Euro. Die Tilgungsleistung betrug rund 1 Mio. Euro.



Eigenkapital

Seit dem Jahr 2009 hat die Gemeinde Hünxe bisher nur in zwei Jahren (2013 und 2019) positive Ergebnisse erzielt. Das Jahr 2020 wird ebenfalls positiv abschließen, vermutlich sogar sehr deutlich oberhalb des Planwertes (200 T€). Doch die Verluste in den übrigen Jahren führen zu einem sukzessiven Abschmelzen des Eigenkapitals. Dieses betrug vor 10 Jahren noch mehr als 31 Mio. Euro und verringert sich bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2024 voraussichtlich auf weniger als 22 Mio. Euro.

Auch an diesem Eigenkapitalverzehr kann man ablesen, dass die Gemeinde Hünxe strukturell unterfinanziert ist.



Investitionen

Dennoch muss unsere Gemeinde weiterentwickelt werden. Viele notwendige Investition in Digitalisierung, Schulen, Infrastruktur werden auf den Weg gebracht. Dazu gehören zum Beispiel die Projekte Sanierung der Gemeindestrassen (in den nächsten vier Jahren jeweils 600.000/Jahr), Sportplatz Bruckhausen (1,25 Mio. Euro), Grundschule Drevenack (1,5 Mio. Euro), Neugestaltung Ortsmitte Hünxe (verteilt über drei Jahre rund 1,95 Mio. Euro), Neubau Regenrückhaltebecken Drevenack (3 Mio. Euro), barrierefreier Ausbau von 9 Bushaltestellen (230.000 Euro), Breitbandverkabelung (1,8 Mio. Euro).

Des Weiteren könnten zwei Turnhallen in den Ortsteilen Bruckhausen und Hünxe gebaut werden. Ob und in welchem Umfang sich diese beiden Projekte realisieren lassen, hängt von der Akquisition möglicher Fördermittel ab. Für beide Projekte wurden im Oktober des letzten Jahres und zu Beginn dieses Jahres Fördermittelanträge über jeweils rund 1,5 Mio. Euro gestellt. Antworten des Fördermittelgebers liegen noch nicht vor.

Der Schulentwicklungsbedarfsplan hat uns im letzten Jahr aufgezeigt, dass es im Ortsteil Hünxe für den erwartbaren Anstieg der Schülerzahlen zu wenig Klassenräume, zu wenig Platz für den Offenen Ganztag und schon jetzt zu wenig Sporthallenfläche gibt.



Die Turnhalle Hünxe ist viel zu klein.

Im Bereich Sportstätten kommt der Schulentwicklungsplan zu folgendem Fazit:

„Die Sporthallenkapazitäten sind in den Ortsteilen Bruckhausen und Drevenack für die jeweiligen Grundschulen auch in Zukunft völlig ausreichend. Zusätzlich können an beiden Standorten auch noch große Sportplätze und Stunden im Hallenbad in Hünxe mitgenutzt werden.“

In Hünxe sieht dies für die Grundschule und die Gesamtschule anders aus: Hier fehlen bereits jetzt schon Hallenkapazitäten, was sich in Zukunft durch die steigenden Schülerzahlen an der Grundschule verschärfen wird. Die Hallenbadnutzung kann das Defizit derzeit nur knapp und in Zukunft nicht mehr ausgleichen. Eine Erweiterung der Hallenkapazitäten ist notwendig und sollte bei einem möglichen Um-/Anbau (s. Fazit GS Karl-Vogels) unbedingt mitgedacht werden.“

An dieser Stelle gibt es also dringenden Handlungsbedarf. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Kinder auch in Zukunft gut beschult und betreut werden können und ihnen ausreichend Sporthallenfläche zur Verfügung steht.